



Teilhabe

Mitte Juli 2014 erschien auf SPIEGEL online der Artikel „Behinderte in Schulen: Inklusion ist keine Utopie“, geschrieben von Michael Wrase und mir. Die Stunden danach brachten eine gute Nachricht: Die Debatte lebt. Schon Minuten nach Erscheinen hagelte es polemischen Protest gegen die Auffassung der Autoren. Der Tag endete mit einem langen, persönlichen Dankeschreiben der Mutter eines behinderten Kindes. Auf dem Online-Portal lag der Beitrag auf Platz 2 der gelesenen Top Ten, übertroffen nur von einem Beitrag über die besten Orte für Wohneigentum. Über 2.300 Leser empfahlen den Inklusions-Artikel.

Die schlechte Nachricht folgte schnell: Schon an Tag zwei schwächelte das Interesse. Das kommt vor; selbst Philipp Lahms Rücktritt von der Nationalmannschaft konnte die Leserschaft nur einen Tag lang fesseln. Der Artikel zum Wohneigentum wurde dagegen noch Tage später wacker gelesen. Das mag daran liegen, dass Schulpolitik Überdruß erzeugt: Bildungspolitische Ideologien sind verfestigt, die Politik der Bundesländer klafft weit auseinander. Nur geht es in diesem Fall nicht um Zukunftsdebatten. Bereits vor fünf Jahren hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich damit rechtlich bindend vom System der ausgelagerten, exklusiven Förderschulen verabschiedet. Dennoch werden noch heute 70 bis 80 Prozent der Schüler mit Behinderung in gesonderten Schulen unterrichtet. Nur in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen setzt die Politik die Selbstverpflichtung konsequent um. Deren Regierungen sehen auch Hürden: Finanzierung, Ausbildung von Lehr- und Betreuungskräften, Reibungen beim Übergang. Das Entscheidende ist aber: Sie arbeiten mutig an Lösungen.

„Die Jugend recht bilden ist etwas mehr als Troja erobern“, sagte Philipp Melanchthon 1526. Stimmt. Aber soll das wirklich ganze 500 Jahre dauern?

Jutta Allmendinger